

07.07.2006

✉ Armin Arend, Gubitzmoos 2, D-95503 Hummeltal, Germany ✉

An den Petitionsausschuß
des deutschen Bundestages
z.Hd.v. Frau Kath-B. Kaul
Platz der Republik 1

11011 Berlin

per Telefax an (030) 227-30013

Betreff: Pet 3-16-10-7831-008045 ca 20.000 mal mitgezeichnet

Bezug: Kopie meines e-mails von heute morgen

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Kaul,

am 26.04.2006 hatte ich per e-mail die Petition "Gegen Stallpflicht für Geflügel" bei Ihnen eingereicht. Sie trägt, gemäß Ihres Schreibens vom 10.05.2006, die Nummer Pet 3-16-10-7831-008045. Sie haben mir darin mitgeteilt, daß Ihnen mehrere Eingaben zur angesprochenen Thematik – im Betreff nennen Sie das Thema "Tierseuchenbekämpfung" - vorliegen und Sie deshalb meine Petition als öffentliche Petition ablehnen.

Meines Wissens ist seither keine andere Petition mit dem Thema "Tierseuchenbekämpfung" zur öffentlichen Mitzeichnung freigegeben worden. Falls Sie die Provieh-Petition gegen Batteriehaltung als solche ansehen, ist dies ein Irrtum. Hierbei dreht es sich um eine grundlegende Frage der Geflügelhaltung, schon erkennbar am Datum des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1999, also einem Zeitpunkt lange vor der Vogelgrippepanik. Bei meiner Petition geht es jedoch um unverhältnismäßige bzw. dem Ziel schädliche Maßnahmen der Tierseuchenbekämpfung, einschließlich der ungerechtfertigten Belastungen der betroffenen Geflügelhalter.

Als Unterstützung für die seinerzeit noch erwartete öffentliche Petition hatte ich am 01.05.2006 begonnen, eine Website unter www.gegen-stallpflicht.de einzurichten. Am 09.05.2006 wurde durch die Aufstallungsverordnung die geplante dauerhafte Stallpflicht durch eine Stallhaltung als Regelhaltung ersetzt. Da zu diesem Zeitpunkt noch kein Bescheid von Ihnen eingegangen war, überarbeitete ich die Petition und paßte sie den neuen gesetzlichen Gegebenheiten an. Sie trägt seither den Namen "Freiheit

für's Federvieh", hat aber die gleichen Zielsetzungen, nämlich bezüglich Freilandhaltung die Wiederherstellung der Rechtslage vom Sommer 2005.

Nach dem Erhalt Ihres obengenannten Schreibens habe ich die Voraussetzungen zur online Mitzeichnung der Petition auf www.gegen-stallpflicht.de geschaffen und am 16.05.2006 dort erstmalig zur Mitzeichnung aufgerufen. Ab dem 04.06.2006 wurden auch Unterschriften auf Papier gesammelt. Die Zeichnungsfrist wurde von Anfang an auf den 30.06.2006 gesetzt, was den zeitlichen Rahmen einer öffentlichen Petition des Deutschen Bundestages einhält. Ich füge diesem Schreiben eine Kopie der Petition mit dem Wortlaut, der zur Mitzeichnung vorgelegt wurde, bei.

Dies war die Initiative eines einzelnen Bürgers, nicht einer Organisation, die auf eine Infrastruktur und große Mitgliederzahl zurückgreifen kann. Solche öffentlichen Petitionen erhalten selten über 1.000 Mitzeichnungen. Ich wußte jedoch, daß die nicht zu rechtfertigenden Maßnahmen rund um die Vogelgrippe zu großen Irritationen in vielen Kreisen der Bevölkerung geführt hatten und hoffte deshalb auf 10.000 Unterstützer meiner Initiative.

Sieben Wochen später hatten wir aus dem Stand über 21.600 Unterschriften gesammelt. Davon sind natürlich einige doppelt. Wir sind gerade dabei diese mit Hilfe einer Datenbank herauszufiltern. Dazu müssen alle auf Papier geleisteten Unterschriften erfaßt werden. Diese mühsame Arbeit wird fast ausschließlich durch mir bisher unbekannte Bürger, die wie ich die Fehlleistungen der Politik nicht tatenlos hinnehmen wollen, geleistet.

Die Auslöser unseres Mißmutes werden in der Begründung zur Petition aufgezeigt. Seit der Formulierung des zweiten und letzten Wortlautes ("Freiheit für's Federvieh" anstelle von "Gegen Stallpflicht für Geflügel") der Petition sind weitere Tatbestände bekannt geworden. Diese konnten wir natürlich nicht mehr in den Text einer laufenden Petition einbringen. Von diesen will ich einige besonders offensichtliche Aspekte herausgreifen:

- ❖ Nach dem ersten deutschen Fall von Vogelgrippe, der ja interessanterweise unter im Stall gehaltenen Geflügel ausbrach, wurde weiter einfach am Dogma der Übertragung durch Zugvögel festgehalten, obwohl es keinerlei Indiz für den Eintrag durch einen fremden Vogel gab. Die Infektionsmöglichkeit auf anderen Wegen wurde gar nicht geprüft oder zumindest nicht darüber berichtet. Diese Vorgehensweise ist absolut unverantwortlich und unwissenschaftlich. Der Fall von Herrn Eskildsen hätte Licht in das Dunkel um die Vogelgrippe bringen können. Das wäre aber wahrscheinlich für einige Interessensgruppen nicht sachdienlich gewesen.

Nach Wermsdorf wurde alle Tauben im Sperrbezirk getötet. Dies ist nun wirklich schon sehr merkwürdig. Die Tauben waren von der Stallpflicht vor Wermsdorf ausgenommen. Auch nach Wermsdorf durften sie weiter frei fliegen, selbst unter der Aufstallungsverordnung, die lange nach Wermsdorf verkündet wurde, waren sie von der Stallpflicht ausgenommen. Warum wurden dann Lebenswerke von Züchtern zunichte gemacht? Es ist so offensichtlich, daß hier willkürlich gehandelt wird, daß jeder Mensch mit einem halbwegs funktionierenden Rechtsempfinden aufschreien müßte. Entweder sind nämlich Tauben eine Gefahr, wie es anderes von der Stallpflicht betroffenes Geflügel auch sein soll, dann müßten sie konsequenterweise auch eingesperrt werden, oder sie sind keine, dann ist es ein Verbrechen, sie zu töten. - Eine kleine Anmerkung am Rande: Mir ist kein Fall einer infizierten Taube bekannt, aber mehrere von infizierten Katzen. Warum wurden dann nicht alle Katzen in dem Sperrgebiet um Herrn Eskildsens Hof getötet? (Ich propagiere dies ebensowenig wie die Massentötung von Geflügel, eine konsequente Seuchenschutz-geht-vor-Tierschutz-Orientierung oder bedingungslose Risikominimierung würde aber zwangsweise dazu führen.)

- ❖ Das Friedrich-Löffler-Institut hat zusätzliche Fördermittel in Höhe von EUR 160 Millionen und viele andere Vorteile durch seine Interpretation und Einschätzung der Gefahrenlage erhalten. Es hat einen Impfstoff entwickelt, den es nicht zum Einsatz bringen kann, wenn es nicht weiter die Gefahrenlage als hoch einschätzt. Trotz dieses offensichtlichen Interessenskonfliktes ist das FLI weiterhin ausschlaggebend für alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Vogelgrippe. Wie kann das von Politik und Medien geduldet werden? Herr Seehofer selbst hatte seine Aufgaben beim VdK aufgrund eines nicht größeren Interessenskonfliktes abgegeben.
- ❖ In ihrer Kostenanalyse in den Drucksachen zur Entfristung der Aufstallungsverordnung an den Agrarausschuß des Bundesrates stellte die Bundesregierung nur zwei Fragen: 1.) Ob Kosten für die Länder und Gemeinden entstehen, was sie zu recht bejaht, und 2.) Ob die Preise für Eier generell steigen werden, was sie wieder zurecht verneint, weil Käfighaltungseier billiger sind als Freiland Eier (Gänse könne in Polen übrigens auch wesentlich billiger produziert werden als in Deutschland, weshalb die PHW-Gruppe (Wiesenhof) dort derzeit große Investitionen in eine Brüterei vornimmt.) Was hat man also bei dieser Prüfung der finanziellen und sonstigen Kosten übersehen? Es werden viele Arbeitsplätze in Deutschland (nicht nur in abhängigen Arbeitsverhältnissen, sondern besonders von Selbständigen) vernichtet. Z.B. auf den Bauernhöfen, die Wassergeflügel züchten (Elternbetriebe), denn befruchtete Gänseeier werden zukünftig importiert werden müssen. Z.B. bei all den lokalen Geflügelhändlern / -züchtern, die auf Märkten und ab Hof Küken und Jungtiere verkaufen, denn ohne Kleinbauern und Privatleute wird es für sie keine Abnehmer mehr geben. Derzeit sind die Umsätze auf die Hälfte des Üblichen zurückgegangen. Selbst bei Dienstleistern im Bereich Reiten und ländliche Feste, gibt es massive Umsatzausfälle wegen der angeblichen Ansteckungsgefahr, die von dem Geflügel bzw. den mit ihm benachbarten Katzen ausgehen soll. Eltern riskieren doch nicht das Leben ihrer Kindern nur damit diese eine nicht mehr existierende Idylle erahnen können. Viele Existenzen werden also mit Sicherheit vernichtet werden, und da ist man mit sich selbst zufrieden, wenn man nur die Eierpreise analysiert hat! Welch ein Hohn!
- ❖ Im Zusammenhang mit der Vogelgrippe wird vom Bundesminister Seehofer immer wieder die Unwahrheit gesagt. Zum Beispiel gestern, als er vor vielen Zeugen behauptete, daß wir in Deutschland einen freieren Umgang mit der Vogelgrippe hätten als überall anderswo in Europa. Dies ist nicht richtig. Zum Beispiel: in unserem Nachbarland Österreich gibt es seit über einem Monat auch in Risikogebieten keine Stallpflicht mehr. Tatsache ist das Gegenteil: Deutschland ist an der Spitze der Länder, die die freilandhaltungsfeindlichste Politik betreiben.

Auch hat er in dem Gespräch betont, daß er schon allein deshalb all die Vorsichtsmaßnahmen erlassen müsse, damit er nicht von einem Staatsanwalt angeklagt werden könne, wenn tatsächlich die Vogelgrippe in größerem Maße ausbrechen sollte. Tatsache ist, daß Herr Seehofer immer wieder den Ländern öffentlich droht, daß er sie wegen ihrer großzügigen Auslegung der Aufstallungsverordnung zur Rechenschaft ziehen wird, wenn was passieren sollte.

Aufgrund der außergewöhnlich hohen Unterstützerzahl, die ich als Privatperson gewinnen konnte, bitte ich Ihre Ankündigung aus Ihrem Schreiben vom 26.06.2006 zu überdenken. Sollten rund 20.000 Bürger, die sich mit einer Stimme an den Petitionsausschuß wenden, nicht das moralische Recht einer einmaligen Anhörung und Würdigung ihrer einhelligen Meinung haben? Sollten sie nicht eine spezifische Beantwortung ihres Anliegens erwarten dürfen? Ansonsten würden Sie den vielen frustrierten Bürgern rechtgeben, die uns entgegneten: "Wir stimmen zwar mit Ihnen überein, aber da sich sowieso nichts ändern wird, sehen wir keinen Sinn darin, die Petition zu unterschreiben." Selbst wenn diese apathische Haltung vielen Politiker angenehm sein sollte, müßte sie zumindest jedes Mitglied des Petitionsausschusses beunruhigen.

Um Ihnen die Sichtung der Mitzeichnungsdaten so einfach zu machen, wie sie bei einer öffentlichen Petition gewesen wäre, werden wir die sorgfältige Überprüfung der Daten in den nächsten Wochen fortsetzen. Vor dem Ende der Sommerpause werden wir Ihnen die Mitzeichnungen in elektronisch lesbarer Form zuschicken. Sollten Sie zusätzlich die Originale der ursprünglich auf Papier erfolgten Mitzeichnungen sehen wollen, werde ich Ihnen auf Anforderung gerne die Listen zur Einsichtnahme zur Verfügung stellen.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß ich aufgrund des großen Interesses der Mitzeichner dieses Schreiben und künftige Korrespondenz mit Ihnen veröffentlichen werde. Die ursprünglich so kleine Initiative eines Einzelnen hat viele Bürger in Bewegung gebracht. Jetzt hoffen wir gemeinsam, daß unsere Petition den öffentlichen Kurs in Sachen Vogelgrippe in Bewegung bringen wird. In diesem Sinne bedanke ich mich - auch im Namen der Mitzeichner schon jetzt für jede sachgerechte Prüfung und angemessene Behandlung unseres Anliegens.

Mit freundlichen Grüßen aus der Fränkischen Schweiz und Wünschen für eine schöne Sitzungspause für Sie und alle Mitglieder des Petitionsausschusses

Armin Arend

Gubitzmoos 2, D-95503 Hummeltal

Ruf: (09279) 9 23 444

Fax: (09279) 9 23 445

e-mail: post@gegen-stallpflicht.de

www: www.gegen-stallpflicht.de

Anlage